Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährl. Bezugspreis 6.— Mk. Mit Postbestellgeld 7.20 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 50 Pfg. b) für Reklamen 1.— Mk. zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für auswärtige sowie amtliche und finanzielle Anzeigen die Zeile 55 Pfg. zuzüglich 20% Teuerungszuschlag.

Nr. 88 — 49. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. Postnummer 6608 der Zeitungsliste. Telegrammadresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 2. Postfach 30.

Erneute Tagung des sogenannten „Untersuchungsausschusses".

— Berlin, 15. April. Der Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nahm heute nach 5 Monaten Pause seine Arbeiten wieder auf. Am Zeugentisch hatte Graf Bernstorff Platz genommen. Der Vorsitzende Abg. Gothein eröffnete die Sitzung und erklärte, daß der Ausschuß eine lange Pause in seinen Sitzungen habe eintreten lassen, damit die Akten in der Zwischenzeit veröffentlicht werden konnten. Der Ausschuß hat es für notwendig gehalten, dem Grafen Bernstorff Gelegenheit zu geben, auf verschiedene Anklagen (besonders des Generals Ludendorff) zu antworten. General Ludendorff hat sich nicht eingefunden. So ergriff Graf Bernstorff das Wort und erklärte, daß er im allgemeinen eine Antwort auf die Aeußerungen Ludendorffs nicht zu geben habe, weil es eine rein subjektive Auffassung sei, ob durch die Vermittlung Wilsons der Frieden herbeigeführt worden wäre, und ob ohne den U-Bootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Auf Befragen gibt Graf Bernstorff an, daß Wilson ursprünglich nur die Absicht gehabt hätte, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Auf eine Bemerkung des Abg. Warmuth erklärte Graf Bernstorff, Wilson habe im Senat gesagt: Ich glaube, wir wären in den Krieg gekommen, auch ohne daß Deutschland eine feindliche Aktion gegen Amerika vorgenommen hätte. Nach dem, wie sich die Dinge entwickelt haben, ist dazu zu bemerken, daß schließlich ohne die Ablehnung der Friedensvermittlung Amerikas es zu einem Frieden gekommen wäre. Ich habe einmal geäußert, daß Wilson einen sogenannten deutschen Frieden zu allen Zeiten nicht wollte, aber er wünschte auch nicht einen vollen Frieden der Entente. Auf eine an mich gerichtete Frage, ob sich die Forderung Wilsons bezüglich eines freien Zuganges zum Meer ausschließlich auf einen polnischen Korridor bezogen habe, kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß dies nicht der Fall war. Ich glaube nicht, daß man in Amerika an eine Gebietsabtretung in Westpreußen an Polen dachte, sondern an Zollhoheitsrechte Abmachungen. — Prof. Bonn: Das in Wilsons Botschaft über die einheitlichen selbständigen Staaten kann sich doch nur auf Polen beziehen? — Graf Bernstorff: Mir ist niemals die Verstümmlung deutschen Gebietes zugemutet worden, immer hieß es, die Einigung mit Polen sei notwendig, ihm einen Weg nach Danzig zu geben. — Abg. Warmuth: Gibt es irgend eine definitive Tatsache in der Richtung, daß man in der Reichsregierung daran dachte, diese Servitutenbelastung des Deutschen Reiches (freier Zugang zum Meer) auf Kosten Deutschlands zuzulassen? — Graf Bernstorff: Ich habe niemals aus Berlin Instruktionen in dieser Richtung erhalten. — In Hamburg und anderen Orten sollte den Tschecho-Slowaken ein besonderer Freihafen errichtet werden. — Graf Bernstorff: Wilson hatte niemals die Absicht, sich in Einzelheiten der europäischen Gebietsfragen zu vertiefen. Mir ist niemals über Polen auch nur ein Wort amtlich mitgeteilt worden. In allen meinen Berichten habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß der U-Bootkrieg Amerika in den Krieg ziehen würde und ich habe leider Recht behalten; für mich handelt es sich nicht um die Person Wilsons, sondern um die Tatsache, daß uns die Entente ohne die amerikanische Hilfe nicht besiegt hätte. Dieser Ansicht bin ich heute mehr denn je. Ich habe in zwei Jahren nichts anderes nach Berlin geschrieben, als daß wir die amerikanische Friedensvermittlung hätten annehmen müssen.

Eine weitere Frage weist darauf hin, daß der englischen Propaganda nicht genug entgegengetreten wurde. Graf Bernstorff: Ich habe zuerst durch Unterredungen die amerikanische Presse unterrichtet. Durch diese Kämpfe wurde aber meine diplomatische Stellung untergraben. Ich begrüßte es daher, als Dernburg die Leitung der Propaganda übernahm. Wir haben eher zu viel als zu wenig Propaganda in Amerika gemacht. Schücking: Wäre es nicht besser gewesen, wenn hinter der Propaganda höhere Interessen gestanden hätten, z. B. die Gesichtspunkte des Reichsfriedens? Graf B.: Man hat uns nicht geglaubt, daß wir einen Verständigungsfrieden wollten. Abg. Cohn: War die sogenannte deutsche Verschwörung nicht hindernd. Graf Bernstorff: Ein sehr hervorragender amerikanischer Richter hat mitgeteilt, daß von der sogenannten deutschen Verschwörung 90 Prozent erfunden war. Eine weitere Frage, die an mich gerichtet wurde, bezieht sich darauf, ob ich es hier aufrechterhalte, General Ludendorff habe eine amerikanische Friedensvermittlung nicht gewollt, da der U-Bootkrieg in drei Monaten den Krieg beenden würde. Ich habe diese Aeußerung Ludendorffs aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Kollektivauffassung der maßgebenden Berliner Kreise sei, und das ist mir von allen Seiten bestätigt worden.

Meine Ansicht, daß es sich bei dem Besuch bei der obersten Heeresleitung um einen reinen Höflichkeitsbesuch gehandelt habe, halte ich aufrecht. Eine Aufforderung zu diesem Besuche habe ich nicht erhalten. Wer die Anfrage wegen Privatberichten an das Auswärtige Amt anbelangt, so weiß ich heute noch nicht, ob solche erfolgt sind. Auf eine Anfrage des Abg. Cohn erklärt ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß zwischen dem Generalkonsul in Neuyork und Herrn Geheimrat Grünwald im Auswärtigen Amt Privatbriefe gewechselt worden seien. Geheimrat Grünwald hat diese Briefe, soweit sie politischen Charakter trugen, mit Absicht den betr. Stellen zur Verfügung gestellt? Auf eine weitere Anfrage des Abg. Cohn: Hat ein Briefwechsel zwischen dem Generalkonsulat und dem damaligen Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes stattgefunden? erklärt Graf Bernstorff, das könne er nicht glauben. — Prof. Bonn fragt, wer in Amerika darüber zu entscheiden habe, ob ein Bericht eines Generalkonsuls politisch von Bedeutung sei oder nicht. Graf Bernstorff: Darüber entscheidet er selbst. In den Berichten, die durch meine Hände gegangen sind, waren öfter Gegensätze zu der Botschaft. Diese betrafen aber meist die Tätigkeit des Geheimrats Albert in wirtschaftlicher Beziehung. Abg. Gothein: Der Generalkonsul soll nun bei der Ueberfahrt nach Europa gesagt haben, Amerika werde wohl die Beziehungen abbrechen, aber niemals den Krieg erklären. Graf B.: Er hat gesagt: Ehe die Amerikaner Deutschland den Krieg erklären, würden sie Wilson davonjagen. Weitere Fragen liegen nicht vor. Die Verhandlungen werden hier abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag, den 17. 4., vormittags 10 Uhr.

cpc. Sind weitere Eingriffe des Staates in das Privateigentum erlaubt und nötig?

Von Dr. Heinrich Merz, Kinderoth.

(Wir geben diese sicherlich Aufsehen erregende Zuschrift um so lieber wieder, als sie voll und ganz unseren Anschauungen entspricht. Wir werden über die Frage des Privateigentums eingehender referieren. Red.)

Den einen ist bereits zu viel, den andern zu wenig sozialisiert worden. Von den Parteien sind nicht nur die Kommunisten und die Unabhängigen, sondern auch die Mehrheitssozialisten noch lange nicht zufrieden mit dem, was bisher erreicht wurde auf dem Gebiet der Zurückführung gehäuften Privateigentums in Gemeineigentum. Die Durchführung der Erzbergerschen Steuergesetze wird viel Ausgleichung bewirken. Aber genügt sie? Im Zentrum sind sich die Geister in dem Punkte der Sozialisierung uneinig. Die Besitzenden werden naturnotwendig weniger geneigt sein, weiteren Sozialisierungen zuzustimmen, als die Unbemittelten oder die wenigen, die sich nur wissenschaftlichen Erwägungen von dem reinen Gedanken der christlichen Nächstenliebe leiten lassen. Wer letzteres aber tut, der wird nicht sagen: Hört auf, es ist genug! Nach christlicher Auffassung sind die Güter der Erde für die Menschen da. Das freie Erwerbsleben soll gelten, aber mit der Einschränkung, daß die Gerechtigkeit nicht verletzt werde. Ist das aber der Fall, haben sich die Eigentumsverhältnisse derartig entwickelt, daß ein großer Teil der Menschen menschenunwürdig lebt, während andere im Ueberfluß schwelgen, dann muß die öffentliche Gewalt eine Aenderung herbeizuführen suchen. Am stärksten liegt der Fall, wenn der Grund und Boden von wenigen Reichen besessen wird, während die anderen mehr oder weniger „bodenlos" sind. Derartige Entwicklungen hat es fast in allen Ländern gegeben. Wurde nicht rechtzeitig Einhalt geboten und den Bauern ihr Anteil an dem Lande zurückgegeben, so kam es zu Katastrophen. Rußland und Ungarn sind glänzende Beispiele der Neuzeit. Eine rechte Agrarreform hätte in beiden Ländern den Bolschewismus verhindert. In Rußland scheint die Verteilung des Ackers der Großen unter die Kleinen der Umstand zu sein, der das Bestehen des Bolschewismus durch so lange Zeit erklärlich macht. In Ungarn machte die Räterepublik auch mit Bodenreform, sie stellte sich aber dabei so tölpelhaft an und griff gleichzeitig die heiligsten Gefühle der Christen so grob an, daß ihr Zusammenbruch bald erfolgte. Freilich hat die neue christlich-soziale Aera die Landfrage zu lösen, sonst kommt Ungarn nicht zur Ruhe. Nach Zeitungsnachrichten ist man auch in den beiden großen Parteien schon mit den Reformplänen beschäftigt; die übrigens einen eifrigen Verfechter haben in dem bekannten Bischof Ottokar Prohaszka von Stuhlweißenburg. Er hat schon während des Krieges die Aufteilung der großen Güter verlangt. Neuerdings hat er sich in der Zeitschrift „Das neue Reich" noch einmal offenherzig ausgesprochen. „Hier zu Lande wie dort in Rußland war der Aufschub einer gründlichen Bodenreform das größte Verbrechen gegen Volk und nationale Entwicklung — man könnte sagen, dieser Aufschub war die Erbsünde und die giftige Wurzel, aus der der revolutionäre Zusammenbruch in die Welt schoß. Es wäre alles anders gekommen, wenn wir die Bodenreform schon früher durchgeführt hätten". Er begründet diese Behauptung eingehender und schließt dann: Nun ist vielen — Gott sei Dank — das Licht aufgegangen, und sie kommen zur Einsicht, daß die notwendigste Aufgabe, die zu lösen sein wird, eine gründliche Bodenreform ist. Die Bodenreform muß kommen! Schade nur, daß sie erst jetzt kommt!" Die Zeitschrift „Bodenreform", die die Ausführungen des ungarischen Bischofs abdruckt, fügt die beherzigenswerten Worte hinzu: „Auch in Deutschland ist wertvolle, unersetzliche Zeit vertan, die Bodenreform bewußt und groß in den Mittelpunkt aller Aufbauarbeit Arbeit zu stellen. Nun sehen wir, wie im Osten die dunklen Fluten des Bolschewismus mit ihrem Rufe „Land über die Landlosen" immer drohender gegen unsere Grenzen andringen, während vom Westen die schmutziggelben Fluten eines internationalen Mammonismus ein Stück deutschen Bodens nach dem andern an sich reißen. Wehe uns, wenn es auch von uns einst heißen wird: Die Bodenreform muß kommen, schade nur, daß sie zu spät kommt." Bei uns zeigt sich das Ungesunde in der Verteilung des Bodens auf dem Lande im allgemeinen vielleicht weniger als in den Städten, wo unter 100 kaum einer ein Fleckchen Boden sein eigen nennt, wo die wenigen Besitzenden, vielfach Geschäftsleute ohne Herz, mit dem Boden der Besitzlosen, denen die Wohnungen durch die gesteigerten Bodenpreise immer mehr in die Höhe getrieben werden, und dagegen richtet sich vornehmlich die Bodenreform Ad. Damaschkes. Aber auch auf dem Lande sind üble Erscheinungen zu rügen. Ich will davon schweigen, daß im Osten die alten großen Güter besser aufgeteilt werden in mehrere Hände. Beklagenswerter ist, daß die Verschiebung des Bodens in die Hände der Kapitalisten in den letzten Jahren Dank den Kriegsgewinnen und Schieber- und Wuchergeschäften fast überall weiteren Fortschritt gemacht hat. In unmittelbarer Nähe konnte ich das beobachten. Mit düsterem Ernste schildert diese beklagenswerte Erscheinung Grunkler im Heft Feuer (Aprilheft). „Da sitzt in einem Dorfe ein Gutsbesitzer, der zu denen gehört, von denen Jsaias sagt: „Wehe, die ihr reihet Haus an Haus, Feld an Feld anstoßen laßt bis zur Grenze der Gemarkung; wollt ihr denn allein im Lande wohnen?" (Ja, Sie Vater und Großvater haben es schon so gemacht, waren aber wie der jetzige Besitzer gute „Christen", nicht allein in ihren eigenen Augen, sondern auch in den Augen mancher Nationalökonomen und Moraltheologen und Philosophen. Selbst Cathrein S. J. und Hertling rechnen zu ihnen, weil sie das Privateigentum unter allen Umständen für heilig halten und scheinbar keine oberste Grenze für den Erwerb von Eigentum kennen. (Hertling sagt in seinen „Kleinen Schriften": „Es gibt im Erwerb von Privateigentum keine Maximalgrenze." Red.) Nein, es kann nicht sittlich erlaubt sein, daß durch die oben gekennzeichnete Handlungsweise die Dörfer immer mehr entvölkert werden. Der kleine Mann kann unmöglich das für einen Acker anlegen, was der große gibt, so besteht keine Aussicht, daß seine Kinder je ein Gütchen erwerben können, das zusammen mit dem väterlichen Erbe eine Familie ernährt. Also müssen die Söhne in die Fabrik, also haben wir wieder das alte Lied: Landflucht, Massenansammlung in der Stadt, Wohnungsnot, sittliches und religiöses Elend, wogegen dann alle Mittel nicht helfen wollen. Und da sollte es vor Gott nicht erlaubt sein, die Quelle des Elends zu verstopfen, d. h. der Staat sollte nicht das Recht haben, dem reichen Manne zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! oder sogar einen Teil von Grund und Boden dem Reichen wieder abzufordern? Da sollte die Heiligkeit des Privateigentums entgegenstehen! Nie wurde eine unheiligere Sache heilig genannt als dieses Privateigentum. Fort mit den Begriffen, die den Menschen und der christlichen Liebe und der Kirche so unermeßlich geschadet haben, fort mit ihnen, weil sie falsch sind. Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern diesmal auch die heilige Pflicht, hier einzugreifen, denn sonst kann es krisen." Ich habe mich gefreut über die mannhaften Worte, die mahnen dem Geiste der großen Kirchenväter wie Ambrosius, Augustinus, als der landläufigen Anschauung entsprechen. Hätte, wo man die Kommunisten wieder einmal am Werke gesehen hat, könnte man geneigt sein, sich erst recht zu versperren gegen jeden Gedanken an Aenderung der bestehenden Besitzverhältnisse. Ohne Zweifel haben diese überspannten Leute die Begeisterung der Mehrheitssozialisten für die Sozialisierung hier und da abgekühlt. Aber lassen wir uns nicht von Stimmungen leiten, sondern von ruhigen Erwägungen. Zwischen Kommunismus und dem Mammonismus gibt es eine gesunde Mitte. Damaschke nennt sie mit einem Schlagwort Bodenreform. Nicht alles Privateigentum soll verschwinden, aber die Verfügung der einzelnen über sein Eigentum ist nicht unbedingt, sie ist zu beschränken durch die Rücksicht auf das Gesamtwohl. Der zukünftige Reichstag wird nach dieser Richtung hin arbeiten müssen. Eine christliche Volkspartei wie das Zentrum wird aber von ihren Kandidaten verlangen können und müssen, daß sie sich zu dieser Ansicht bekennen, die so notwendig ist.

Eine wüste Hetze

wird, so sehen wir im „Saarbergknappen" schon seit einiger Zeit im Revier gegen den Gewerkverein und seine Leitung geführt. Wir sind ja daran gewöhnt, daß gewisse Leute ohne ein bischen „Hatz" gegen den Gewerkverein nicht zu leben vermögen. Deswegen nahm es Kalus geworden war. Oder aber, wie viele unsilere auch jemand die Sache ernst; man ließ die Bratschen gewähren, weil man nur das Hetzen zu ihrer zweiten Vertrauensstunde sagen, einige Hauptschreier zwar ein großes Maul, jedoch ein kleines Gehirnchen haben, bei jeder sich bietenden Gelegenheit sich selbst aber gerne schwätzen hören und dabei ihre geistige Oede mit banalen Hetzreden gegen den Gewerkverein und seine Führer verdecken müssen.

In letzter Zeit hat nun diese Hetze Formen angenommen, die alles bisherige übertrifft. Nach der bekannten Anweisung Müllers an Hue: „Die Führer der Christlichen vor den Bauch treten und die Mitglieder streicheln", wird in der gemeinsten Weise gegen die Angestellten des Gewerkvereins vom Leder gezogen. Was da alles zusammen gelogen wird, geht wirklich auf keine Kuhhaut. Die ganze Hetze verrät einen solch geistigen Tiefstand, eine solch erschreckende Verwilderung der Gesinnung und Moral, daß man nur tiefes Mitleid mit den Menschen haben kann, die infolge einer falschen Erziehung anscheinend jedes bessere Fühlen verloren haben. Wenn die Inspiratoren dieser letzten Hetze sich dem Glauben hingaben, dem Gewerkverein Abbruch tun zu können, dann liegen sie sich von einem gefährlichen Irrtum leiten. Trotz der vielen Drecktöpfe werden die Hetzer es nicht fertig bringen, das Vertrauen der Gewerkvereinsmitglieder in ihre Leitung zu erschüttern. Aber eins werden sie erreichen: die verwilderte Gewerkschaftsmoral wird eines Tages sich gegen die Inspiratoren der Hetze selbst wenden — und dann werden diese genau so über Terror klagen, wie so viele Angestellte der „freien" Gewerkschaften, die von den unentwegten „Selbstgezogenen", weil sie ihre Ueberzeugung nicht preisgeben wollten, kurzerhand aufs Straßenpflaster gesetzt wurden. Oder ist es hier schon soweit, daß man so singt, wie die irregeleitete Masse den Ton angibt?!

Als Ausgangspunkt für die jüngste Hetze dient die letzte Lohnbewegung. Als angebliches Hetzmotiv dient die Frankfrage. Dem Gewerkverein bezw. seinen Angestellten sucht man die Schuld an der Nichtgewährung des Franklohnes unterzuschieben. Dazu ein kurzes Wort der Aufklärung:

Die Forderung des Verbandes, die Bergleute mit Frank auszulohnen, wurde uns folgt seitens der Bergwerksverwaltung erst mündlich und dann endlich schriftlich beantwortet:

„Die Verwaltung hat grundsätzlich nichts gegen eine Zahlung der Löhne der Bergarbeiter in Franken einzuwenden. Sie wird der französischen Regierung den Wunsch, der in dieser Beziehung von verschiedenen Arbeitervertretern geäußert worden ist, übermitteln."

Was will der Verband noch mehr?! Nach § 32 der Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet hat der französische Staat das Recht, für alle seine Zahlungen, sich französischen Geldes zu bedienen. Ob er das in Form der Auszahlung der Löhne in Franken an die Bergarbeiter tun wird, kann heute noch niemand sagen. Jedenfalls ist die Forderung des Verbandes der französischen Regierung bekannt gegeben. Bisher hat die französische Regierung durch die Bergwerksverwaltung Auszahlung der Löhne in Frank noch gar nicht angeboten. Mithin konnte der Gewerkverein die Frankentlohnung auch noch gar nicht ablehnen. Er hat nur pflichtgemäß erklärt, daß er die Verantwortung für die Folgen der Frankentlohnung und Frankwährung entschieden ablehnen müsse. Sein Bestreben ist darauf gerichtet, den Markteil so zu erhöhen, daß derselbe dem Friedenslohnwert wieder gleich kommt.

Warum also das gehässige Geschrei im Revier? Graut es gewissen Leuten jetzt schon vor der Verantwortung der Folgen, und ärgern sie sich darüber, daß andere Leute ihnen diese nicht abnehmen wollen?

Fürchtet man die kommende Erkenntnis in Bergarbeiterkreisen, daß die Bergleute mit dem Eintausch des heutigen Marklohnes in einen wesentlich niedrigeren Franklohn, einen Spatz in der Hand für eine Taube auf dem Dache eintauschen würden? Darum sucht man auch wohl die Verantwortung auf die Bergleute selbst abzuwälzen, die jetzt unter allerhand Vorspiegelungen zur Abgabe ihrer Unterschrift für Franklohn animiert werden. Einen anderen Zweck kann die Unterschriftsammlung des Verbandes, die sogar unter Anwendung nicht einwandfreier Mittel vor sich geht, gar nicht haben. Der französische Arbeitgeber hat doch die Forderung des Verbandes schon der Pariser Regierung unterbreitet. Die Bergleute, welche diese Listen unterzeichnet haben, werden an ihrem Schritt keine Herzensfreude erleben. Die bittere Ernüchterung würde ihr genau so folgen, wie sie in Elsaß-Lothringen eingekehrt ist, wenn die Franklohnung und -Währung wirklich eingeführt werden sollte.

Die Mitglieder des Gewerkvereins geben den Hetzern die beste Antwort, wenn sie dieselben mit Verachtung strafen. Gegen das ungereimte Zeug, das diese Menschen verzapfen, ist doch kein Kraut gewachsen. Die Gewerkvereinsmitglieder haben jetzt mehr denn je die Pflicht, ihre Organisation nach innen und